

DIE LINKE.Königswinter – Am Fronhof 31 – 53639 Königswinter

An den  
Bürgermeister der Stadt Königswinter  
Herrn Peter Wirtz  
Rathaus

53639 Königswinter

Andreas Danne

Am Fronhof 31  
53639 Königswinter

Telefon 02244-871554

eMail : [info@dielinke-koenigswinter.de](mailto:info@dielinke-koenigswinter.de)

Datum: 11.03. 2009

Eilantrag nach § 24 GO NRW  
zur Sitzung des Stadtrates am 30.03.2009

### **Tafel in Königswinter**

Der Rat der Stadt Königswinter möge folgenden Beschluss fassen:

Die Stadt Königswinter übernimmt für die Einrichtung und Ausstattung einer Königswinterer Tafel die Kosten für Mobiliar.Kühltheken, Renovierung der Räumlichkeiten, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit...bis zu einer Höhe von 20.000,--€.

### **Begründung:**

In Königswinter gibt es zur Zeit ca. 1.300 Personen, die aufgrund viel zu niedriger Hartz IV-Regelsätze, die die damalige Rot-/Grüne- Bundesregierung verabschiedet hatte, hungern müssen und durch diese menschenverachtende Gesetzgebung auf Bundesebene in ihrer Menschenwürde verletzt werden.

Nicht nur die kostenlose Bildung von Kindern aus dieser Gruppe der Betroffenen, sondern auch die ausreichende Ernährung aller Menschen in unserer Gemeinde ist eine gesellschaftliche Verpflichtung, der sich Bürgermeister Wirtz und die Stadtverwaltung Königswinter nicht verweigern dürfen.

Hierbei sei nochmals erinnert an die Pressemitteilung unserer Partei DIE LINKE.Königswinter vom 28. Januar 2009 (siehe Anlage).

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Danne

## ANLAGE:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei eine Pressemitteilung unserer Partei DIE LINKE.Königswinter mit der Bitte um Veröffentlichung:

### Pressemitteilung

DIE LINKE.Königswinter fordert Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit

Königswinter, 28.01.09, ad: Zwei Urteile von Sozialgerichten erklärten dieser Tage, dass die Hartz-IV-Regelsätze gegen das Gebot der Menschenwürde und des Sozialstaats im Grundgesetz verstoßen. Dazu Andreas Danne:" DIE LINKE.Königswinter kritisiert seit langem, dass Hartz IV Armut per Gesetz bedeutet und fordert, das Gesetz abzuschaffen und durch eine bedarfsdeckende repressionsfreie soziale Mindestsicherung zu ersetzen."

Das erste Urteil des Landessozialgerichts Hessen (AZ L 6 AS 336/07) wurde am Wochenende zur weiteren Prüfung an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet. Demnach verletzen die Hartz-IV-Regelsätze die Verfassung, u.a. da sie die Menschenwürde nicht ausreichend schützen. Der schriftlichen Urteilsbegründung zufolge verstoßen nicht nur die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder, sondern auch jene für Erwachsene gegen das Grundgesetz, das in Art. 1 die Menschenwürde schützt und in Art. 20 Abs. 1 und 3 das Sozialstaatsprinzip einfordert.

Weiterhin erklärte das Bundessozialgericht ebenfalls die Bestimmung des SGB II, wonach Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 Prozent des Regelsatzes für alleinstehende Erwachsene maßgebenden Regelleistung festsetzt (§ 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II) für verfassungswidrig. Das Bundessozialgericht begründet diese Entscheidung damit, dass "die Regelleistung für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres um 40 von Hundert gegenüber der maßgebenden Regelleistung für Erwachsene herabgesetzt worden ist, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde". Auch solle das Sozialgeld für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II abschließend und bedarfsdeckend sein, während Kinder von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs 1 Satz 2 SGB XII abweichende Bedarfe geltend machen können.

Andreas Danne weiter:"Besonders die geringeren Regelsätze für Kinder sind zum Leben zu wenig. Sie reichen nicht aus, um eine gesunde Ernährung zu sichern oder eine Bildungsteilnahme auf Augenhöhe zu gewährleisten. Als skandalös empfinden wir in diesem Zusammenhang das negative Abstimmungsverhalten der beiden neoliberalen Königswinterer Ratsfraktionen von CDU und FDP im Frühjahr 2008. Damals hatte DIE LINKE.Königswinter einen Bürgerantrag gestellt, der den rund 30 I-Döztchen aus Königswinterer Hartz IV-Familien eine Einschulungsbeihilfe in Höhe von 100,-- Euro durch die Stadt Königswinter sichern sollte.

"Es ist nicht hinnehmbar, dass für die Renovierung der Klosterlandschaft Heisterbach fast 6 Millionen Euro ausgegeben werden und weitere 10 Millionen Euro für den Bau eines überflüssigen zentralen Rathauses während gleichzeitig viele Hartz IV-Kinder in Königswinter nicht ausreichend zum Essen, kein Geld für Schulbücher und Schulmaterial haben, für die Fahrt zur Schule Geld für ihr Schülerticket zahlen müssen, geschweige denn am gesellschaftlichen Leben (z. B. durch Mitgliedschaft im Sportverein, Kinobesuche...) teilnehmen können. "Es wird Zeit, dass diese kinderfeindliche Politik in Königswinter ein Ende hat! Die Bürger werden den neoliberalen Wirtschaftsparteien CDU und FDP bei der Kommunalwahl im Sommer 2009 die rote Karte zeigen", ist sich Andreas Danne sicher.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Danne, im Auftrag DIE LINKE.Königswinter